

Zusätzliche Fahrbahn in Abklärung

Die Regierung hat 10 Leitprojekte definiert, die kurz- bis mittelfristig umgesetzt werden sollen. Heute: Rheinübergang Vaduz–Sevelen.

Desirée Vogt

Die intensive Verflechtung der Pendlerströme zwischen Werdenberg und Liechtenstein führt auch zu grossen Belastungen des Rheinübergangs in Vaduz. Der durchschnittliche Werktagsverkehr beläuft sich auf 20 970 Fahrzeuge – innerhalb der Spitzenstunden passieren 7324 Fahrzeuge diese Stelle. In Vaduz arbeiten 10 726 Voll- und Teilzeitbeschäftigte. Und davon sind wiederum 5214 Personen Zupendler.

Die heutige Führung der Zollstrasse zwischen Vaduz und der Rheinbrücke mit zwei kurz aufeinanderfolgenden engen 90-Grad-Kurven und der relativ grossen Längsneigung auf der Kreiselzufahrt limitiert die Leistungsfähigkeit des Systems vor allem in der Abendspitze. Bereits die heutigen Belastungen liegen über der Kapazitätsgrenze des Systems mit entsprechendem Rückstau auf der Zollstrasse. Und: Ohne Anpassungen an der Linienführung kann auch in Zukunft nicht mehr Verkehr von Vaduz Richtung Rheinbrücke bewältigt werden.

Wechselseitige Nutzung der Mittelspur angedacht

Klar ist: Mit der geplanten Entstehung von zusätzlichen Arbeitsplätzen im Raum Vaduz–Triesen wird sich die Lage weiter verschärfen. Neben der

Strassenverbindung Vaduz–Triesen (Leitprojekt 5) sind deshalb auch Arbeiten zur Erstellung eines Vorprojekts im Gange. Dieses wird in enger Abstimmung mit dem Kanton St. Gallen und dem Astra erstellt, wobei die Federführung aufgrund fehlender Kapazitäten der Schweizer Behörden neu beim Land Liechtenstein liegt. «Das Projekt umfasst neue Lösungen für die Knoten beim Autobahnanschluss in Sevelen sowie den Ausbau der Kreuzungen auf der Liechtensteiner Seite bis zur Wuhrstrasse», wird dazu im Mobilitätskonzept der Regierung ausgeführt. Dieses beinhaltet auch

Das Mobilitätskonzept Leitprojekt 6

eine verbesserte Anbindung des Industriezubringers Vaduz–Triesen sowie die Optimierung der Verkehrsführung der Zollstrasse inklusive Anbindung des geplanten Landesspitals. Zur Verbesserung des Verkehrsflusses und der Bevorzugung des öffentlichen Verkehrs ist die Erstellung einer zusätzlichen Fahrbahn zwischen der Rheinbrücke und der Wuhrstrasse in Abklärung. Weiter soll auf der dreispurigen Rheinbrücke eine flexible, tageszeitabhängige Nutzung der Mittelspur eingerichtet werden.

Geplant ist, das Vorprojekt über das Agglomerationsprojekt im Juni 2021 einzureichen. «Dies mit dem Ziel, eine Einstufung als A-Massnahme zu erreichen», erklärt die Regie-



Beim Rheinübergang Vaduz–Sevelen liegen bereits die heutigen Belastungen über der Kapazitätsgrenze.

Bild: Archiv/Tatjana Schnalzer

rung im Mobilitätskonzept. Zur Erklärung: Im Prüfbericht vom September 2018 wurde der Rheinübergang Vaduz–Sevelen vom Schweizer Bund von einer A- in eine B-Massnahme zurückgestuft, da nach Auffassung des Bundes die nötige

Bau- und Finanzreife für eine A-Massnahme aufgrund der fehlenden Abstimmung mit der Unterhaltsplanung des Astra nicht gegeben sei. Dies hängt damit zusammen, dass der Autobahnabschnitt in der Planung des Bundes frühestens ab 2023

zur Sanierung geplant ist. Die Regierung möchte mit dem Vorprojekt wieder eine neue Einstufung als A-Massnahme erreichen. Falls dies klappt, wäre die Realisierung dann für die Jahre 2024 bis 2028 vorgesehen.

WWW.

Das gesamte Mobilitätskonzept sowie alle Berichte zum Thema sind zu finden unter:

www.vaterland.li/416393

Leitartikel

Es geht nur «zemma» oder gar nicht

Die aktuelle Situation ist für niemanden leicht. Und wohl jeder hatte in den letzten Wochen die «Schnauze voll» von dieser Corona-Geschichte. Endlich gibt es nun mit den ersten Lockerungen der Massnahmen im Kampf gegen das neue Coronavirus einen ersten Lichtblick – wenn auch noch nicht für alle und alles. Es scheint, dass wir in Liechtenstein, aber auch unsere Nachbarländer glimpflich davongekommen sind. Wir wissen es aber noch nicht. Und auch die Wissenschaft weiss es noch nicht mit Sicherheit.

Wir haben es mit einem neuen Virus zu tun. Die Wissenschaft muss derzeit Empfehlungen mit wenig Wissen und aufgrund von vielen Vermutungen und Hypothesen abgeben. Diese vorhandenen Lücken werden aber auch immer kommuniziert. Und die Politik muss aufgrund dieser Ausgangslage Entscheidungen treffen. In einem 160 km² grossen Land wie Liechtenstein kann dies aber nicht ohne den Blick in die Schweiz und nach Österreich gemacht werden. Und bis jetzt hat die

Regierung dies gut gemeistert. Sie hat dort liechtensteinische Lösungen gesucht, wo es möglich und nötig war. Diese eigenen Lösungen gibt es etwa bei den Wirtschaftshilfen und bei der Lockerung der Massnahmen. So dürfen in Liechtenstein ab dem 27. April alle Läden wieder öffnen.

Dass man es bei dieser Ungewissheit nicht allen recht machen kann, liegt auf der Hand. Auch in Liechtenstein hört man Aussagen, die vom «teuersten Fehlalarm aller Zeiten» bis hin zu «wir haben zu spät und zu wenig radikal gehandelt» reichen. Sollte es dies mit diesem Covid-19 als gesundheitliche Bedrohung gewesen sein, dann sollten wir in erster Linie einfach froh darüber sein. Auch froh darüber, dass wir von den Ausmassen in Italien, Spanien, New York und vielen anderen Orten auf dieser Welt verschont blieben.

Das Virus hat Menschen getötet. Menschen, die eine Familie hatten. Aus diesem Grund sind die Fragen, ob sie «wegen» oder «mit» dem

Coronavirus gestorben sind, zu allererst einmal unangebracht. Sie sind tot.

Auch der aktuell lancierte «Eilantrag» an die Regierung und «Personen in verantwortungsvollen Positionen», bringt nichts. Es wird gefordert, dass alle Massnahmen «bezüglich Wissenschaft und Evidenz überprüft und angepasst» werden. Schon diese Forderung ist ein Widerspruch. Evidenz würde vom Wort her bedeuten, dass es eine völlige

«Medizinisch können wir wohl nur auf einen Impfstoff hoffen, der aber sicher nicht von selbsternannten Virologen oder fehlgeleiteten Impfgegnern erfunden wird.»

Gewissheit gibt. Nur gibt es diese wissenschaftliche Klarheit bis heute nicht. Würde es sie geben, dann hätten wohl alle Regierungen dieser Welt bereits sämtliche Massnahmen zurückgenommen. Oder hat jemand ernsthaft das Gefühl, alle Regierungen der Welt hätten die Massnahmen zum Spass eingeführt? Medizinisch können wir wohl nur auf einen Impfstoff hoffen, der aber sicher nicht von selbsternannten Virologen oder fehlgeleiteten Impfgegnern erfunden wird.

Es ist aber sehr wahrscheinlich, dass Liechtenstein weniger gesundheitlich, sondern vor allem wirtschaftlich von den Folgen von Covid-19 getroffen wird. Auch dies hat die Regierung erkannt und entsprechende Massnahmen eingeleitet – dies noch vor der Schweiz und Österreich. Es fällt in Liechtenstein niemand durchs Netz. Es ist aber auch klar, dass nicht alle Unternehmen gerettet werden können. Für jene Betriebe, welche wirtschaftlich schon vor der Krise angeschlagen waren oder nur von der Hand in den Mund lebten, kann es eng werden.

Auch hier könnte man dann die Frage stellen, ob sie «wegen» oder «mit» dem Coronavirus untergegangen sind. Aber auch hier ist die Frage deplatziert. Denn es geht auch hier um die wirtschaftliche Existenz von Menschen. Und es sind nicht nur kleine Einzelunternehmen, sondern auch Arbeitnehmer betroffen.

Dass diese Unsicherheit Frust und Ärger auslöst, ist selbstverständlich. Es sollte aber nicht dazu führen, dass einige, vor allem in den sozialen Medien, sämtlichen Anstand verlieren oder einfach noch ein wenig «rechter» haben wollen. Wir sind alle betroffen. Es bringt uns kein bisschen weiter, wenn jetzt herumposaunt wird: «Die Regierung? Alls Tötel!» Wer so agiert, sollte sich einmal fragen, was er vor fünf Wochen gemacht hätte, als die Schweiz die Notlage ausrief und Österreich die Schotten dichtgemacht hat. Wer jetzt reinruft, «halt wie die Schweden», hat noch nicht verstanden, dass Liechtenstein ein Fliegenschiss auf der Landkarte ist – wenn auch der schönste. Wir können zwar viel eigenständig ent-

scheiden, werden aber trotzdem immer auch von unseren Nachbarländern abhängig sein.

Und so wird es auch mit den nächsten Schritten in dieser Corona-Krise sein. Spätestens wenn in Österreich oder in der Schweiz die Restaurants und Bars wieder öffnen, wird es auch bei uns wieder losgehen. Hoffentlich ohne grosse Zusatzmassnahmen. Denn die Platzbeschränkungen und andere Schikanen würden zwar dazu führen, dass wieder geöffnet wird, nur würde der Wirt wohl noch weniger verdienen als er jetzt Nothilfe erhält. Und Abstandspolizist spielen müsste er auch noch.

Wir sitzen alle im gleichen Boot. Wir wollen alle unsere Freiheit wieder und dabei nichts verlieren. Das geht nur «zemma» oder gar nicht.



Patrik Schädler